



Den Kommunen wurde mit den „Hinweisen des Hessischen Innenministeriums zu Geldanlagen und Einlagensicherung vom 29.05.2018“ aufgetragen, Geldanlagen durch eine Richtlinie zu regeln. Die Kommunen bewirtschaften die Geldanlagen in eigener Verantwortung. Mit dieser Anlagerichtlinie wird die Transparenz gewährleistet und der Rahmen zum Umgang mit Geldanlagen vorgegeben.

1. Geltungsbereich

Diese Richtlinie regelt die Geldanlagen des KommunalServiceVerbandes Bischoffen

2. Rechtsgrundlagen

Für den KSV gelten die Regelungen der HGO in sinngemäßer Anwendung. Gemäß §108 Abs. 2 HGO ist bei Geldanlagen auf eine ausreichende Sicherheit zu achten und die Geldanlagen sollen einen angemessenen Ertrag bringen.

Liquide Mittel, die innerhalb **des fünfjährigen Finanzplanungszeitraums** zur Deckung von Auszahlungen des Finanzhaushalts nicht benötigt werden, **können angelegt** werden, gemäß §22 Abs. 3 GemHVO.

Gemäß § 106 Abs. 1 HGO hat die ihre stetige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Für die Anlage stehen nur die Mittel zur Verfügung, die innerhalb des jeweiligen Anlagezeitraums weder für Deckung von Auszahlungen des Finanzhaushalts noch zur Bildung eines Liquiditätspuffers im Sinne des §106 Abs. 1 S.2 HGO benötigt werden.

Für den Liquiditätspuffer gelten die Regelungen dieser Richtlinie entsprechend. Die Mittel des Liquiditätspuffers sind maximal unterjährig anzulegen.

Spekulative Finanzgeschäfte sind gemäß § 92 Abs. 2 HGO verboten.

Nach Nr. 7 des Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29.05.2018 (StAnz. S. 787) ist eine Aufnahme von Fremdmitteln (Liquiditätskrediten oder Krediten) zur Geldanlage nicht zulässig.

Nach Nr. 5 des Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29.05.2018 (StAnz. S. 787) bewirtschaftet die Kommune die Geldanlagen in eigener Verantwortung. Bei längerfristigen und komplexen Anlagen soll sich die Kommune fachkundig beraten lassen. Die Beratung ist zu dokumentieren. Eine eigenverantwortliche Verwaltung durch Dritte ist ausgeschlossen.

3. Anlagegrundsätze

Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen sind Geldanlagen sicher und Ertrag bringend anzulegen, wonach die folgenden Grundsätze in dieser Reihenfolge gelten:

- Sicherung des Kapitalstocks
- Sicherheit des erwirtschafteten Ertrags
- Angemessenheit des Ertrags

Ausnahmen von diesen Grundsätzen können gerade im Umfeld eines negativen Zinsniveaus nicht ausgeschlossen werden, da der KSV auf das Marktumfeld keinen Einfluss hat. Neben Geldanlagen im Rahmen der vorrangigen Liquiditätssicherung können für andere Zwecke wie Sonderrücklagen oder Einzahlungen, die zur Finanzierung von bestimmten Auszahlungen dienen, längerfristige Geldanlagen erfolgen.

Alle Anlagen müssen in Euro notiert sein. Devisen- und Spekulationsgeschäfte sind ausgeschlossen.

4. Streuung der Geldanlagen

Es ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der Geldanlagen zu achten, um die Sicherheit zu erhöhen.

Die maximale Anlagesumme bei einem Schuldner (unabhängig von der Anlageklasse) darf in der Regel 500.000 Euro nicht übersteigen. Die Anlagen in Sondervermögen (Investmentfonds) dürfen abweichend von Satz 1 bis zu 500.000 Euro betragen.

Sollte der höchste Zinssatz von einem Schuldner geboten werden, dessen höchstzulässiger Anteil an der Streuungsquote bereits überschritten ist, ist das wirtschaftlich an zweiter Stelle stehende Angebot zu prüfen.

5. Anlageformen

Folgende Anlageformen sind grundsätzlich zulässig:

- Schuldverschreibungen (von öffentlichen Emittenten oder Kreditinstituten)
- Einlagen (Tagesgeld, Festgeld, Termineinlagen sowie Sparbriefe und Bausparverträge)
- Andere Anlageformen sind zulässig, wenn die Anlagegrundsätze Sicherheit vor Ertrag und ggf. weitere gesetzliche Regelungen diese zulassen
- Anlage in Anteilen an Investmentfonds. Die Investmentfonds dürfen:
 - a) nur von Investmentgesellschaften mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verwaltet werden,
 - b) nur auf Euro lautende und von Emittenten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgegebene Investmentanteile,
 - c) nur Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung,
 - d) keine Wandel- und Optionsanleihen und
 - e) höchstens 30 Prozent Anlagen in Aktien, Aktienfonds und offene Immobilienfonds, bezogen auf den einzelnen Investmentfonds, enthalten.

Nicht zulässige Geldanlageformen sind insbesondere:

- a) Aktieneinzelwerte
- b) Fremdwährungsanlagen
- c) Wandel- und Optionsanleihen sowie strukturierte Produkte (z.B. Aktienanleihen)
- d) Beteiligungen an geschlossenen Fonds
- e) Edelmetalle und sonstige Rohstoffe
- f) Genussscheine
- g) Nachranganleihen und Nachrangverbindlichkeiten
- h) Sonstige Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Falls ein Rating für die Anlageform vorgesehen ist, muss das Rating mindestens A- betragen. Derivate Finanzinstrumente dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie mit einem Grundgeschäft (Konnexität) verbunden sind.

Zudem sind Ausleihungen an andere Kommunen entsprechend des Erlasses Nr. 15 S.1 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29.05.2018 unzulässig.

6. Bieterkreis und zulässige Anlageinstitute

Nach dem Wegfall der Einlagensicherung für Kommunen ab 01.10.2017 haben die Auswahl der Kreditinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Versicherungsgesellschaften etc. und die Einbeziehung von deren Ratings bzw. die Institutssicherung einen höheren Stellenwert erhalten.

Zulässige Anbieter für die Geldanlage und derivate Finanzinstrumente sind grundsätzlich:

- Sparkassen,
- Genossenschaftliche Kreditinstitute,
- Landesbanken,
- Sonstige Kreditinstitute, mit Firmensitz in Deutschland, soweit keine Institutssicherung besteht, mit einem Rating von mindestens A3 (Moody's) bzw. A- (S&P, Fitch) oder vergleichbare Ratings, Definition A3 (Moody's) bzw. A- (S&P, Fitch):
Die Anlage ist sicher, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse die Gesamtwirtschaft oder die Branche beeinträchtigen.
- Nicht ausgeschlossen und im Einzelfall zulässig sein sollen unter der Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze alternative Angebote von z.B. Versicherungen, Versorgungskassen, Bausparkassen, u.a.

Bei mittel- bis langfristigen Geldanlagen sind mindestens drei Angebote von Kreditinstituten oder Finanzdienstleister einzuholen zur Realisierung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie zur Erzielung von Transparenz und Wettbewerbsneutralität. Die Angebotseinholung kann auch auf Handelsplattformen erfolgen.

Die Auswertung der Angebote ist zu dokumentieren. Sie muss mindestens folgenden Inhalt haben:

- Beschreibung der vorgesehenen Geldanlage,
- Risikobewertung der vorgesehenen Geldanlage
- Zeitpunkt Angebotsanfrage und -abgabe,
- Zur Angebotsabgabe aufgeforderte Institute,
- Alle Angebote mit Angabe Bieter (Name, Institut, Ort),
- Feststellung des günstigsten Angebots mit Begründung und Zuschlagerteilung.

7. Entscheidungskompetenzen / Zuständigkeiten

Der KSV unterscheidet folgende Arten der Anlage:

- Anlagen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr (kurzfristige Geldanlagen),
- Anlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr bis 5 Jahre (mittelfristige Geldanlagen),
- Anlagen mit einer Laufzeit ab 5 Jahren (langfristige Geldanlagen).

Zuständig für die Entscheidung über die kurzfristige Geldanlage ist der/die Teamleiter/Teamleiterin des KSV in Abstimmung mit dem Verbandsvorsteher.

Für die Entscheidung über die mittelfristige und langfristige Geldanlage ist der Verbandsvorstand zuständig. Das Anlagemanagement erfolgt durch den Teamleiter oder dessen Vertreter/-in.

8. Risikomanagement / Berichtswesen

Die Entwicklung der Geldanlagen, der Zinsmärkte sowie die Ratings der Vertragspartner bei Geldanlagen sind zu beobachten, damit frühzeitig geeignete Steuerungsmaßnahmen eingeleitet werden können, soweit dies erforderlich und möglich ist.

Der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung sind, im Rahmen des Berichtswesens gem. § 28 GemHVO, regelmäßig über die Geldanlagen und Finanzderivate zu informieren.

9. Inkrafttreten

Die Anlagerichtlinie wurde von der Verbandsversammlung am 21.10.2025 beschlossen und tritt am Tag nach ihrer Beschlussfassung in Kraft. Sie gilt nicht für Geldanlagen die vor ihrem Inkrafttreten bereits bestanden. Diese Geldanlagen unterfallen dieser Richtlinie erst ab dem Zeitpunkt zu dem eine Entscheidung über die Prolongation ansteht.

Bischoffen, 21.10.2025

Marco Herrmann
Verbandsvorsteher